

Inhaltsübersicht

Einleitung	1
Teil A Umsatzsteuer in Deutschland – steuerwissenschaftliche Grundlagen	5
Teil B Umsatzsteuer und öffentliche Hand – Diskussion der aktuellen Gesetzeslage und Rechtsprechung	59
Teil C Suche nach besseren Möglichkeiten zur Unterteilung der öffentlichen Hand in steuerbare und nichtsteuer- bare Bereiche	185
Teil D Diskussion der Rechtfertigung einer umsatzsteuerrecht- lichen Sonderbehandlung der öffentlichen Hand	229
Schlußbemerkung	285

Inhaltsverzeichnis

Geleitwort	V
Vorwort	IX
Inhaltsübersicht	XI
Abbildungsverzeichnis	XXI
Tabellenverzeichnis	XXII
Abkürzungsverzeichnis	XXIII

Einleitung	1
-------------------------	----------

Teil A

Umsatzsteuer in Deutschland	
– steuerwissenschaftliche Grundlagen –	5

1. Umsatzsteuer – wichtiger Bestandteil des deutschen Steuersystems	6
1.1 Geschichte der Umsatzsteuer in Deutschland	6
1.2 Umsatzsteuer heute – nicht Mehrwertsteuer, sondern Umsatzsteuer mit Vorsteuerabzug	10
1.3 Die Umsatzsteuer – eine Gemeinschaftsteuer	14
1.4 Ausblick	15
2. Rechtfertigung der Umsatzsteuer	15
2.1 Verfassungsmäßige Rechtfertigung	16
2.2 Steuergerechtigkeit, Steuergleichheit	18
2.2.1 Äquivalenzprinzip	18
2.2.2 Leistungsfähigkeitsprinzip	19
2.2.3 Neuere Verteilungstheorien	24
2.3 Umsatzsteuer und Leistungsfähigkeitsprinzip	
2.3.1 Verbrauch- oder Verkehrsteuer – die Frage nach dem Steuerträger	27
2.3.2 Wettbewerbsneutralität	32

2.4	Weitere Prinzipien der Steuergesetzgebung	34
2.4.1	Prinzipien der Allgemeinheit und Gleichmäßigkeit	34
2.4.2	Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und Praktikabilität	35
2.4.3	Prinzip der Systemhaftigkeit der Besteuerung	36
2.4.4	Prinzipien der Verständlichkeit und der Stetigkeit	37
2.5	Rechtfertigung und Ziel der Umsatzsteuer – Fazit	37
3.	Auswirkungen der Umsatzsteuer	40
3.1	Frage nach der Überwälzbarkeit auf den Endverbraucher	41
3.1.1	Partialanalytische Untersuchung	42
3.1.2	Berücksichtigung mehrerer Faktoren	45
3.2	Weitere Auswirkungen der Umsatzsteuer	46
3.2.1	Beeinflussung von Konjunktur und Inflation	47
3.2.2	Auswirkungen von Befreiungen	48
3.3	Besondere Marktstellung der öffentlichen Hand	51
3.4	Resumée	53

Teil B

Umsatzsteuer und öffentliche Hand – Diskussion der aktuellen Gesetzeslage und Rechtsprechung – 59

1.	Geschichte der Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand	59
2.	Juristische Person des öffentlichen Rechts im UStG 1993	
2.1	Tatbestandssystematik des UStG	64
2.2	Sonderrolle der öffentlichen Hand	66
2.3	Unternehmenssphäre der öffentlichen Hand	68
2.3.1	Kriterien des Betriebs gewerblicher Art nach dem KStG	68
2.3.1.1	Einrichtung	70
2.3.1.2	Wirtschaftliche Tätigkeit	74
2.3.1.3	Erzielung von Einnahmen	78

2.3.1.4	Nachhaltigkeit	80
2.3.1.5	Wirtschaftliches Herausheben	82
2.3.2	Umsatzsteuerrechtliche Unternehmertätigkeit der öffentlichen Hand kraft Gesetzes	87
2.3.2.1	Versorgungsbetriebe	87
2.3.2.2	Land- und forstwirtschaftliche Betriebe ..	89
2.3.2.3	Unternehmertätigkeit nach § 2 Abs. 3 Satz 2 UStG	93
2.3.3	Verpachtung als Betrieb gewerblicher Art	97
2.3.4	Organschaft	101
2.3.5	Zusammenfassung mehrerer Betriebe	103
2.4	Hoheitlicher Bereich der öffentlichen Hand	107
2.4.1	Merkmale der Ausübung öffentlicher Gewalt	108
2.4.1.1	Dem Staat eigentümlich und vorbehalten	109
2.4.1.2	Annahmezwang	111
2.4.1.3	Gesamtbild der Tätigkeit	113
2.4.1.4	Zur Frage der Notwendigkeit einer Definition des Hoheitsbetriebs	116
2.4.2	Behandlung von Nebentätigkeiten und Hilfgeschäften	118
2.4.3	Ausübung von Hoheitsaufgaben durch Dritte	120
2.4.3.1	Erfüllungsgehilfen und Amtshilfe	120
2.4.3.2	Beliehene Unternehmer	123
2.5	Bemessungsgrundlage	127
2.5.1	Bemessungsgrundlage bei Eigenverbrauch	127
2.5.2	Mindestbemessungsgrundlage	129
2.5.3	Behandlung von Zuschüssen	133
2.6	Vorsteuerabzug nach § 15 UStG	136
2.6.1	Voraussetzungen für die Berechtigung zum Vorsteuerabzug	137
2.6.2	Aufteilung der Vorsteuerbeträge, Eigenverbrauch und Berichtigung	140
2.6.2.1	Aufteilung der Vorsteuerbeträge	140
2.6.2.2	Eigenverbrauch	141
2.6.2.3	Berichtigung	144

2.6.3	Ausschluß des Vorsteuerabzugs, Options-	
	möglichkeit	145
2.7	Zusammenfassung	148
3.	Umsatzsteuerliche Behandlung der juristischen Person	
	des öffentlichen Rechts im EU-Recht	156
3.1	6. EG-Umsatzsteuerrichtlinie	158
3.1.1	Verbindlichkeit einer EG-Richtlinie	158
3.1.2	Geschichte der 6. EG-Richtlinie	160
3.2	Art. 4 Abs. 5 der 6. EG-Richtlinie	
3.2.1	Aufbau von Art. 4 Abs. 5 der 6. EG-Richtlinie	162
3.2.2	Auslegung von Art. 4 Abs. 5 der 6. EG-Richtlinie	164
3.3	Vergleich mit der deutschen Rechtslage	167
3.3.1	Aufbau von Art. 4 Abs. 5 der 6. EG-Richtlinie und	
	§ 2 Abs. 3 UStG im Vergleich	167
3.3.2	Inhaltliche Divergenzen zum Umfang des	
	Unternehmensbereichs	169
3.3.3	Weitere Abweichungen zwischen EU- und deut-	
	schem Umsatzsteuerrecht	174
3.3.3.1	Möglichkeit zum Vorsteuerabzug	174
3.3.3.2	Eigenverbrauch und Bemessungs-	
	grundlage	176
4.	Notwendigkeit einer richtlinienkonformen Änderung	
	des § 2 Abs. 3 UStG	179

Teil C

Suche nach besseren Möglichkeiten zur Unterteilung der öffentlichen Hand in steuerbare und nichtsteuerbare Bereiche185

1.	Erscheinungsformen der öffentlichen Hand	186
1.1	Versuche einer Trennung zwischen öffentlicher Ver-	
	waltung und öffentlichen Unternehmen	189
1.2	Rechtsformen öffentlicher Unternehmen	193
1.2.1	Juristische Personen des öffentlichen Rechts	194

1.2.2 Öffentliche Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	197
1.2.3 Privatrechtliche Unternehmen der öffentlichen Hand	199
1.3 Rechtsformen der öffentlichen Verwaltung	200
2. Ziele und Aufgaben der öffentlichen Hand	203
2.1 Öffentliche Ziele	205
2.2 Öffentliche Aufgaben	205
2.3 Institutionelle Ziele	208
2.4 Institutionelle Aufgaben und Tätigkeiten	210
3. Finanzierung öffentlicher Betriebe und deren Tätigkeiten	214
3.1 Unterschiede hinsichtlich der Finanzierung öffentlicher Betriebe	216
3.2 Finanzierung einzelner Leistungen öffentlicher Betriebe und die Sonderrolle von Gebühren und Beiträgen	217
4. Zusammenfassung	223

Teil D

Diskussion der Rechtfertigung einer umsatzsteuerrechtlichen Sonder- behandlung der öffentlichen Hand

1. Nebeneinander von öffentlicher Hand und Privat- wirtschaft	229
1.1 Wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand	230
1.1.1 Grundgesetzliche Schranken	230
1.1.2 Wettbewerbsrechtliche und andere Schranken	234
1.2 Übernahme öffentlicher Aufgaben durch private Dritte	236
1.3 Allgemeine Diskussion der Rechtfertigung von Steuerprivilegien	240
1.3.1 Argumente gegen Steuerprivilegien der öffent- lichen Hand	
1.3.1.1 Grundrecht auf Gleichbehandlung	241
1.3.1.2 Grundrecht auf Freiheit der Berufswahl ...	242

1.3.1.3	Grundrecht auf freie Persönlichkeits- entfaltung	243
1.3.1.4	Parlamentarische Kontrolle der öffent- lichen Hand	243
1.3.1.5	Effizienz öffentlicher Betriebe	243
1.3.2	Argumente für Steuerprivilegien der öffent- lichen Hand	244
1.3.2.1	Sozialstaatlichkeit	244
1.3.2.2	Besteuerung in Abhängigkeit von den verfolgten Zielen	245
1.3.2.3	Nachteile öffentlicher Betriebe	246
1.3.2.4	Besteuerung als Mittel der Gleichstellung untauglich	246
1.3.2.5	Gegenseitigkeitsbesteuerung, ein „sinn- loser Kreisverkehr“	247
1.3.2.6	Differenzierung nach Steuerarten	249
1.4	Resumée	251
2.	Fragwürdigkeit einer umsatzsteuerlichen Privilegierung der öffentlichen Hand	
2.1	Durch die Privilegierung betroffene Betriebe der öffentlichen Hand	254
2.2	Besserstellung der öffentlichen Hand durch die umsatzsteuerliche Sonderbehandlung	
2.2.1	Umsatzsteuer als Kostenfaktor	255
2.2.2	Wahl der Rechtsform als Mittel der willkürlichen Steuerentlastung	257
2.3	Kein verfassungsrechtlicher Zwang zur umsatzsteuer- lichen Sonderbehandlung der öffentlichen Hand	259
2.4	Gründe gegen die umsatzsteuerliche Sonderbehandlung	
2.4.1	Erhebung von Gebühren oder Beiträgen – Indiz für die Umsatzsteuerbarkeit der Leistungen	262
2.4.2	Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand – Bestandteil der „optimalen Besteuerung“	266
2.4.3	Umsatzbesteuerung zwecks Wettbewerbs- neutralität	267
2.4.4	Auswirkungen einer umfassenden Umsatz- steuerbarkeit	269

3. Besondere Situation der öffentlichen Hand als Leistungsempfänger	
3.1 Ungerechtfertigte Behandlung der öffentlichen Hand als Endverbraucher	271
3.2 Abhilfe durch uneingeschränktes Recht auf Vorsteuerabzug	275
4. Systemgerechte Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand	276
4.1 Notwendigkeit einer systemgerechten Behandlung der öffentlichen Hand	276
4.2 Gesetzgebungsvorschlag für das UStG	282
Schlußbemerkung	285

Literaturverzeichnis

1. Lehrbücher, Dissertationen, Aufsätze, Beiträge	287
2. Kommentare	301
3. Urteile und Beschlüsse	
3.1 Bundesfinanzhof	302
3.2 Bundesgerichtshof	304
3.3 Bundesverfassungsgericht	304
3.4 Bundesverwaltungsgericht	305
3.5 Europäischer Gerichtshof	305
3.6 Finanzgerichte der Länder	306
3.7 Oberster Finanzgerichtshof	306
3.8 Reichsfinanzhof	306
3.9 Reichsgericht	307
4. Gesetze, Verordnungen, Richtlinien, Erlasse	
4.1 Bundesminister der Finanzen	307
4.2 Finanzminister der Länder	307
4.3 Oberfinanzdirektionen	308
4.4 Europäische Gemeinschaft / Europäische Union	308
4.5 Deutschland	309
5. Reichstag und Bundestag	310
Stichwortverzeichnis	311